

**Rede von Ratsmitglied Gerd Stüttgen (SBL) zum städt. Haushalt 2022/23 anl.
der Ratssitzung am 09.12.2021**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

der Doppelhaushalt 22/23 ist ein Mammutprojekt und setzt gerade im Bereich der Investitionen im Wesentlichen auf die richtigen Schwerpunkte.

Ob er dazu in der Lage ist, einen wirksamen Beitrag zu einer bereits im Jahre 2030 klimaneutralen Stadt Arnberg zu leisten darf bezweifelt werden.

Wie im Übrigen auch die Erreichung des Ziels überhaupt angezweifelt werden darf. Während sich Bund und Länder das überaus ehrgeizige und kaum realistische Ziel gesetzt haben, dass Deutschland schon 2038 klimaneutral wird, will Arnberg es schon 2030 werden.

Das hört sich gut an, aber daran fehlt mir der Glaube.

Dann hätte der Haupt- und Finanzausschuss in der letzten Woche beschließen müssen, bei den entsprechenden Anträgen der Fraktionen und Einzelratsmitgliedern in der überwiegenden Zahl nicht nur gemäß der vorgeschlagenen Verfahrensweise der Verwaltung zu verfahren, sondern bereits konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen müssen.

Auch wenn ich den weitgehend konsensualen Umgang mit den Anträgen im Grunde begrüße, so sollen doch einige Anträge hier näher beleuchtet werden:

Ich erinnere hier an den gemeinsamen Antrag von Sauerländer Bürgerliste (SBL) und mir „Einführung eines preiswerten Arnberg-Tickets für den ÖPNV“.

Natürlich ist es einfach sich mit Hinweis auf die Kosten hinter dem HSK und den Verkehrszweckverbänden zu verstecken. Will man aber 2030 Klimaneutralität in unserer Stadt haben, muss gerade in diesem Bereich schnell gehandelt werden. Das erfordert eben „Nägel mit Köpfen“ zu machen.

Einem solchen Antrag als perspektivisch zuzustimmen reicht da nicht aus.

Die beiden weiteren Anträge zur „Gründung einer städt. Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes“ und „Elternbeiträge für Kindergärten und Tagespflege abschaffen!“ von SBL und mir wurden immerhin auch nicht per se abgelehnt, sondern mit den entsprechenden Hinweisen aus der Verwaltung auch als gewissermaßen perspektivische Anträge angenommen.

Das ist zum einen erfreulich, zeigt es doch wie wichtig und richtig auch diese Anträge sind, löst aber zeitnah überhaupt kein Problem.

Menschen in Wohnungsnot darauf zu verweisen, dass der Antrag ja im Grunde richtig ist, verhöhnt die Betroffenen.

Wir brauchen zügig mehr neue Wohnungen und nicht nur perspektivisch. Und deshalb brauchen wir auch kurzfristig eine eigene städt. Wohnungsbaugesellschaft und nicht irgendwann.

Zusätzlich sollte die Verwaltung zeitnah prüfen, ob nicht eine Nutzung des ehemaligen Schwesternwohnheimes am St. Marien-Krankenhaus Arnberg des Klinikums Hochsauerland zu Wohnzwecken realisierbar ist.

Ich habe stets dafür gekämpft, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf und Bildung bereits im Vorschulalter beginnt.

Dazu muss Sie auch gebührenfrei sein. Dieses Ziel verfolgen wir in Arnsberg richtigerweise schon seit vielen Jahren. Es jetzt als strategisches Ziel mitaufzunehmen ist jedoch auch wieder nichts anderes als die Verschiebung auf den bereits hinlänglich bekannten „St. Nimmerleinstag“.

Bei den v. g. drei Anträgen hätte ich mir mehr Verbindlichkeit und mehr Mut des Rates gewünscht. Wir müssen hier endlich auch Taten folgen lassen.

Dass CDU und Grüne einen Antrag auf Errichtung einer Sparkommission gestellt haben, ist aus meiner Sicht nicht nur lächerlich, sondern auch nur so zu erklären, dass man Mittel für eigene, kostspielige und nicht haushalterisch gegenfinanzierte Anträge „freischaufeln“ will. Erst teure Dinge in Anträgen fordern und dann anschließend eine Sparkommission beantragen - geradezu grotesk.

Da sich die Stadt Arnsberg seit 2010 in der Haushaltssicherung befindet und in 2016 als Stärkungspaktteilnehmer fungiert, haben CDU und Grünen ihre Verantwortung nicht wahrgenommen. Die Sparkommission hätte im Jahr 2010 bzw. 2011 eingerichtet werden müssen. Das ist ein Versäumnis von CDU und Grünen.

Es ist schon ein Schlag ins Gesicht von Rat und Verwaltung, die seit über 10 Jahren mit Erfolg versuchen, die Haushalte dieser Stadt wieder einigermaßen ins Lot zu bekommen. Ein weiterer Baustein bei dem schwarz-grünen Versuch, Bürgermeister und Verwaltung zu diskreditieren. Parallelen zur letzten Legislaturperiode in der Nachbarstadt Sundern tun sich da auf.

Ob man mit dem Bau einer Hauptschule in der heutigen Zeit ein richtiges Zeichen setzt, darf ohnehin mehr als bezweifelt werden. Der Trend geht eindeutig zu einem längeren gemeinsamen Lernen und ein indianisches Sprichwort lautet: „Wenn Du ein totes Pferd reitest, steig ab!“. Viel zu lange wurde „das tote Pferd Hauptschule“ schon geritten. Wir sollten mit dem entsprechenden Elan und dem durchaus vorhandenen Elternwillen endlich den Mut haben, auch bei uns in Arnsberg eine Gesamtschule zu bilden. 52 von 53 Kreisen und Kreisfreien Städten haben mindestens zwei Gesamtschulen. Nur der HSK hat als einziger Kreis in NRW nicht mal eine Gesamtschule. Hier stünde es der größten Stadt im HSK gut zu Gesicht, eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Auch wenn ich anerkenne, dass die Raumsituation an der Grimmeschule schlecht ist und Politik hier im Wort steht, so dauert der Neubau mehrere Jahre. Die jetzigen „Grimme-Schüler“ würden von einem Neubau kaum profitieren.

Ich plädiere für eine Ertüchtigung der jetzigen Räumlichkeiten der Grimmeschule und für einen Neubau eines Schulgebäudes, wenn der Standort einer künftigen Gesamtschule feststeht und ein solcher Neu dann auch wirklich erforderlich sein sollte. Ich werde daher dem Neubau einer Hauptschule nicht zustimmen.

Warum CDU und Grüne jetzt ein neues taktisches, zeitverzögerndes und zudem kostenträchtiges Spielchen betreiben und eine Machbarkeitsstudie zum Neubau einer Hauptschule am Berliner Platz fordern, ist reiner (Vor-)Wahlkampf. Hier treiben schwarz und grün ein durchschaubares Spielchen auf dem Rücken der Kinder. Vielleicht auch deshalb, weil man ja den Neubau eines Lehrschwimmbeckens, dazu komme ich später noch näher, am Berliner Platz verhindern will. Der Bau von beidem, eines LSB und einer Hauptschule, ließe sich am Berliner auch wahrlich nur schwer zusammen realisieren.

Überhaupt darf man als geneigter Bürger fragen, wie lange das Gros der schweigenden CDU-Ratsmitglieder die Eskapaden der grünen Protagonisten im Rat noch mitmachen will. Namentliche oder geheime Abstimmungen haben dabei wohl einzig den Zweck, die eigenen unsicheren Kantonisten zu disziplinieren.

Ähnlich könne es auch bei den Lehrschwimmbecken sein. Fakt ist, es fehlt Wasserfläche. Darin besteht wenigstens Übereinstimmung. Die Verwaltung hat in vielen Gesprächen und im Konsens mit dem Stadtsportverband eine Lösung skizziert, die tragfähig und zukunftsweisend ist. Aus reinem Kirchturmdenken und bar jeglichen Verstandes soll hier aber an alten Lösungen festgehalten werden. Nicht das wir uns falsch verstehen, ich kann die Sorgen der Menschen in Herdringen und Voßwinkel hinsichtlich des Erhalts der dörflichen Infrastruktur mehr als gut nachvollziehen. Manchmal gibt es aber übergeordnete, gesamtstädtische Aspekte, die auch mal eine Abkehr vom Gewohnten und Liebgewonnenen erfordern. Ein CDU-Ratsmitglied aus der letzten Ratsperiode hat im Netz letzte Woche zutreffend sinngemäß ausgeführt, dass Herdringen und Voßwinkel auch Dörfer der Stadt Arnsberg bleiben, wenn dort keine LSB mehr bestehen. Dem ist inhaltlich nur hinzuzufügen, dass es weder für Herdringen noch für Voßwinkel dem Untergang des Abendlandes gleichkommt, wenn die LSBen dort nicht mehr bestünden und stattdessen selbstverständlich infrastruktureausgleichende Kompensationsmaßnahmen in beiden Dörfern greifen würden. Auch die sind in der Vorlage des Bürgermeisters zumindest skizziert und kämen so beiden Dörfern zu Gute. So hätten die beiden Dörfer und die künftigen Schwimmerinnen und Schwimmer gleichsam etwas davon.

Lassen sich mich das Thema „Streaming von Ratssitzungen“ kurz ansprechen. Hier habe ich in einer der letzten Ratssitzungen schon eingehend zu ausgeführt. Man kann nicht einerseits Bürgerorientierung, Mitbestimmung und gelebte Demokratie sowie Transparenz immer wieder medienwirksam einfordern, dann aber den „Schwanz einziehen“, wenn es gerade um eine zukunftsweisende Entscheidung in diese Richtung geht.

Ich werde daher zu diesem Punkt geheime Abstimmung beantragen. Vielleicht mögen sich dann manche Befürworterinnen und Befürworter trauen, ihre Meinung Pro Streamings auch kund zu tun.

Das Arnsberg in großer Zahl Kita-Plätze schafft ist begrüßenswert. Allerdings erteile ich dem Investorenmodell hier eine klare Absage. Wenn man eine Kita bauen lässt und dann anschl. von einem Investor zurückmietet, verzichtet die Stadt auf Fördermittel von Bund und Land i. H. v. 33.000 € pro Kita-Platz. Bei einer zweigruppigen Kita sind das bereits 600 bis 700.000 €. Bei einer dreigruppigen Kita ist man dann schnell bei einer Mio. €. Also, auch wenn viele Bau-Projekte in unserer Stadt noch anstehen und wir sie vor uns „herschieben“, sollten wir nicht leichtfertig auf derartige Förderungen verzichten. Stattdessen lieber im städtischen Bereich von Planung und Bauen erforderlichenfalls weiter Prioritäten verschieben und Personal noch gezielter einsetzen.

Auch sollten wir kritisch fragen, wie hoch der Anteil des Fachpersonals bei privaten Kita-Trägern ist. Im östlichen Teil unseres Kreises zumindest hört man, dass sich ein auch im Westkreis aktiver Träger bislang mit der Bezahlung von Tariflöhnen zunächst nicht ganz so leichtgetan hat und zur Kostenreduzierung besonders viel Hilfspersonal

einsetzt. Hier wäre also hinsichtlich der Qualität der Betreuung und der Arbeitsbedingungen Vorsicht geboten.

Stichwort Personal. Mittlerweile herrscht weitestgehend Konsens, dass die Aufgaben der Stadt mit dem vorhanden Personal nicht mehr adäquat zu erledigen sind. Wir alle wissen auch um die Schwierigkeiten in der heutigen Zeit Fachpersonal zu bekommen. Die von der Verwaltung hierzu bislang skizzierten Wegen lassen hoffen. Gleichwohl bleibt es sicher schwierig, im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft und anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden, Ländern, Bund sowie Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts gutes Personal zu akquirieren, zumal die finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt da eher begrenzt sind.

Zum Schluss noch einige Aspekte:

Die Schulden aus der Corona-Krise sollten m. E. innerhalb von 10 Jahren abgetragen werden, um künftige Generationen nicht über Gebühr zu belasten.

Es ist zu begrüßen, dass auch in Arnsberg nach ca. 30-jähriger Diskussion (!) endlich vernünftige Wohnmobil-Stellplätze in verschiedenen Ortsteilen entstehen sollen. In diesem Zuge wäre es wünschenswert, wenn in diesem Zuge auch eine Toilettenanlage mit Anschluss an die Riggerweide erstellt würde, damit nicht unzählige LKW-Fahrer weiterhin ihre Notdurft auf unmenschliche Art in den dortigen Büschen verrichten müssen.

Das neue Kinderschutzgesetz ist gut für die Kinder. Ich bitte den Bürgermeister darin bemüht zu sein, mehr und ausreichend Personal für das Jugendamt zur Verfügung zu stellen. Hier ist Prävention wichtiger und billiger als ein späterer Reparaturbetrieb.

Alles in allem werde ich dem Doppelhaushalt trotz mancher Bedenken meine Zustimmung geben. Stimmt doch die Richtung, gerade bei den Investitionen, in wesentlichen Teilen.

Arnsberg, 09.12.2021

Gerd Stüttgen (SBL)
Ratsmitglied